

## Was bedeutet das für die Kommunen?

Für die Kommunen bedeutet TTIP die Gefahr eines Privatisierungsdrucks auf alle kommunalen Einrichtungen, z. B. auf die Wasser-, Strom- und Wärmeversorgung, die Abfallwirtschaft, Krankenhäuser, Schulen, Kultur, teilweise auch die kommunalen Verwaltungen. Kommunen und Länder könnten sich kaum gegen umweltschädliche Unternehmen wehren, z. B. bei Fracking oder der Gentechnik. Allein durch die Androhung eines Schiedsgerichtsverfahrens könnten Kommunen unter Druck kommen. Dass erhebliche Auswirkungen auf gemeindliche Belange zu erwarten sind, wird durch ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages bestätigt.

## Das Ende der Demokratie?

Inzwischen hat sich in der EU und auch in den USA heftiger Widerstand gegen das Freihandelsabkommen gebildet. Unter diesem öffentlichen Druck wird von den Befürwortern des Abkommens versprochen, dass alle Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze der EU und die kommunale Selbstbestimmung nicht angetastet werden. Gleichzeitig ist aber geplant, dass die Lobbyverbände der Wirtschaft künftig bei allen Gesetzesvorhaben ein Mitspracherecht, „Regulatorische Kooperation“ genannt, bekommen werden. Das wäre das Ende von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, denn dann würde ein wesentlicher Teil der Gesetzgebung nicht mehr vom Volk, sondern von den Wirtschaftsverbänden gestaltet werden.

Maude Barlow, Trägerin des Alternativen Nobelpreises aus Kanada, bittet Europa tief besorgt, die Abkommen CETA und TTIP abzulehnen. Sie warnt wörtlich: „TTIP und CETA beseitigen, was an demokratischer Regierungsführung noch übrig ist.“ Das dürfen wir nicht zulassen und daher ist unser aller Widerstand auch weiterhin gefordert.

Die ÖDP wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um gemeinsam mit anderen Verbänden, Organisationen und Bürgerinitiativen diesen Widerstand auch weiterhin zu stärken.



ödp

ödp

# STOPP TTIP

Mensch  
vor Wirtschaft!

» Der Mensch und nicht die Wirtschaft muss im Mittelpunkt politischen Handelns stehen. Wir fordern den Stopp der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA. Sollte TTIP in die Realität umgesetzt werden, dann stehen Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz auf dem Spiel. «

**Prof. Dr. Klaus Buchner**

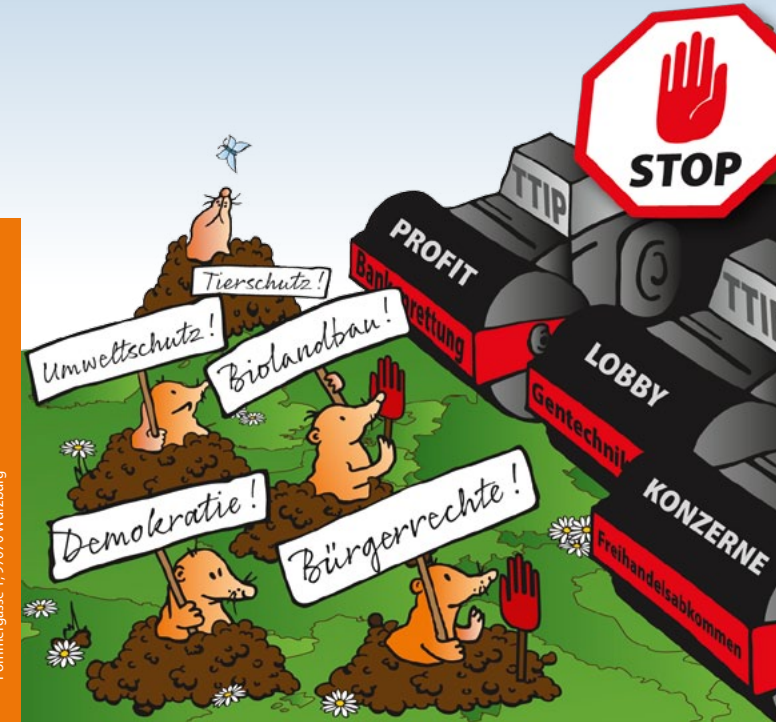
Atomphysiker, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP)

Informieren Sie sich auch auf unserer **Aktionsseite!**  
<https://www.oedp.de/aktuelles/aktionen/stop-ttip/>

## Ihre ÖDP vor Ort:

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung!  
Bank für Sozialwirtschaft | Kto-Nr.: 981 52 00 | BLZ: 700 205 00  
IBAN: DE25 7002 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33MUE

V.l.S.d.P. Gabriela Schimmer-Goriesz (ÖDP-Bundesvorsitzende),  
Pommeregasse 1, 97070 Würzburg  
Stand: 3/2015



Mensch vor Wirtschaft!

➔ [www.oedp.de](http://www.oedp.de)



Ökologisch-Demokratische Partei

## Geheimverhandlungen

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über das Abkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) mit dem Ziel, den Handel und die Investitionen zwischen den USA und der EU zu erleichtern. Damit soll die größte Freihandelszone der Welt geschaffen werden.

Die Verhandlungen wurden bisher weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Außer den Delegationen der USA und der EU sitzen rund 600 Vertreter von Lobbyverbänden mit am Verhandlungstisch, die die Wünsche der von ihnen vertretenen Unternehmen einbringen. Gewerkschaften und Umweltverbände sind nicht zugelassen; nicht einmal die Abgeordneten des EU-Parlaments werden über die Verhandlungen ausreichend informiert. Trotz mangelnder Transparenz und den verfassungswidrigen Investoren-Staat-Streitigkeiten sind CDU/CSU, SPD und FDP für das Abkommen.

## Wozu ein Freihandelsabkommen?

Wichtigstes Ziel von TTIP ist nicht, Zölle abzuschaffen. Diese werden zwischen den USA und der EU aktuell nur noch in geringer Höhe (3–5%) erhoben. Es ist durch die Abschaffung von Zöllen daher kaum ein nennenswertes Plus für die Wirtschaft und die Verbraucher zu erwarten. Kritisch zu betrachten ist, dass in den beteiligten Staaten Vorschriften und Standards aller Art angeglichen werden sollen, um den Export und damit die Gewinne von Unternehmen und Investoren zu steigern bei gleichzeitiger Minimierung des Risikos.

In der Praxis bedeutet dies, dass beim Umwelt- und Verbraucherschutz, beim Naturschutz sowie beim Arbeitsrecht die „Harmonisierung“ auf den kleinsten gemeinsamen Nenner droht. Auf dem Prüfstand stünden dann auch „zu große“ Arbeitgeberanteile an Sozialleistungen und „zu hohe“ Mindestlöhne. Die Bürger könnten also weitreichende soziale Errungenschaften verlieren.



Foto: Gajjar / Fotolia.com

## Keine neuen Arbeitsplätze

TTIP wird wenige bis keine neuen oder nur schlecht bezahlte Arbeitsplätze schaffen, weil kleine und mittelständische Firmen von den transnationalen Konzernen verdrängt werden, die mit weniger Personal billige Massenware produzieren. Die hoch subventionierte Agrarindustrie der USA mit ihrem massiven Chemikalieneinsatz wird die europäische, nicht industrialisierte Landwirtschaft unrentabel werden lassen und vom Markt fegen. Eine aktuelle Studie der US-amerikanischen Tufts University kommt zu dem Schluss: „TTIP kostet in Europa 600.000 Arbeitsplätze.“

## Forderungen der Wirtschaft

US-amerikanische Unternehmerverbände fordern zum Beispiel, dass in Europa gentechnisch veränderte Nahrung ohne Kennzeichnung zugelassen wird, ebenso Fleisch mit dem Wachstumshormon Ractopamin, das in über 160 Ländern wegen beobachteter Gesundheitsschäden verboten ist oder nur sehr eingeschränkt angewendet werden darf. Das „Chlorhähnchen“ ist in diesem Zusammenhang eher ein „Nebenkriegsschauplatz“, denn es geht um noch viel mehr: Die US-Luftfahrtgesellschaften wollen den CO<sub>2</sub>-Handel beseitigen. Amerikanische Firmen möchten den strengen EU-Datenschutz lockern (und so z. B. einen Teil des Datenflusses an die NSA legalisieren).

Der Bundesverband deutscher Banken fordert umgekehrt die Rücknahme der Finanzmarktreform der USA von 2012: Er will möglichst keine Kontrollen und einschränkende Regeln für den Bankensektor. Die nächste Finanzkrise wäre damit vorprogrammiert. Eine der zentralen Absichten des Abkommens ist darüber hinaus, kommunale Eigenbetriebe wie Wasser- und Stromnetze, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser unter Privatisierungsdruck zu nehmen.

## Geheime Schiedsgerichte

Das meist kritisierte Problem stellen die sogenannten „Schiedsgerichte“ dar. Investoren und Unternehmen können bei geplanten Gesetzen oder Reformen (z. B. im Umwelt- und Verbraucherschutz) bei gefühlter Diskriminierung auf Entschädigung wegen entgangener und vermuteter Gewinne gegen Staaten klagen, d. h. sogenannte Schiedsgerichte anrufen. Drei Personen aus großen Wirtschaftskanzleien können wechselseitig auftreten, d. h. einmal den Staat oder ein anderes Mal den Konzern vertreten. Der nationale Rechtsweg wird umgangen, eine Paralleljustiz wird etabliert und Konzerne könnten so den Willen von Nationen kippen.

Zurzeit laufen Klagen mit einem Streitwert von 14 Milliarden Dollar. Wird ein Staat verurteilt, muss der Steuerzahler für die verhängte „Strafe“ aufkommen. Ein Beispiel für ein solches Schiedsverfahren ist die Klage einer US-amerikanischen Firma gegen Kanada, wo ein Förderstopp für die extrem umweltschädliche Schiefergasförderung „Fracking“ eingeführt wurde. Es wurde beantragt, nicht nur das Gesetz wieder aufzuheben, sondern auch eine Entschädigung für die Gewinne zu zahlen, die die Firma ohne den Förderstopp hätte erzielen können.

Aufgrund eines vergleichbaren Abkommens (Energiecharta) verlangt Vattenfall von der Bundesregierung 3,5 Milliarden Euro, weil die Energiewende den Gewinn ihrer beiden abgeschriebenen AKWs schmälert. Prof. Dr. Siegfried Broß (u. a. Richter am Bundesverfassungsgericht a. D.) erklärt die Schiedsgerichtsbarkeit für eindeutig verfassungswidrig. Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) denkt an öffentlich-rechtliche Handelsgerichtshöfe, denen die zuständige EU-Handelskommissarin Malmström offen gegenüber stehe.



Foto: Stefan Welter/Fotolia.com